Die Grundrechtecharta der Europäischen Union

Wird Europa bürgernäher?

Roland Sturm

1. Kodifizierung

Mit der feierlichen Erklärung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union am 7. Dezember 2000 auf dem EU-Gipfel in Nizza durch den Kommissionspräsidenten Romano Prodi und die Präsidentin des Europäischen Parlaments Nicole Fontaine bekannte sich die EU zu einem relativ weit gefaßten Grundrechtsschutz. Neben den Menschenrechten und den Bürgerrechten sind auch soziale Grundrechte Gegenstand der Charta. Das eigenständige Bekenntnis der EU zu Grundrechten tritt neben nationale Garantien der Grund- und Menschenrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950. Die Grundrechtecharta richtet sich in erster Linie an die EU-Organe bzw. diejenigen Institutionen, die EU-Recht umsetzen.

Zustande kam die Europäische Grundrechtecharta (ausführlicher zur Vorgeschichte: Bossi 2001; Knelangen/Varwick 2000) als Ergebnis der Beratungen eines Konvents unter Leitung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. Dem Konvent gehörten 62 Mitglieder an, darunter 15 persönliche Beauftragte der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, 16 Mitglieder des Europäischen Parlaments, 30 Mitglieder der nationalen Parlamente sowie ein Mitglied der Kommission. Es wurden öffentliche Anhörungen durchgeführt und interessierte Personen und Vereinigungen konnten sich äußern. Alle Beratungsschritte und Dokumente wurden im Internet veröffentlicht. Allerdings beschränkte sich die Transparenz der Beratungen des Konvents auf die Arbeiten im Plenum. Über die Diskussionen im Präsidium des Konvents, das letztendlich die Charta formulierte, drang wenig nach außen.

Diese Art der Entscheidungsfindung wurde auf der einen Seite wegen ihrer hohen Effizienz gelobt, und es wurde ihr Zugänglichkeit und ‚virtuelle Transparenz‘ bescheinigt (Hohmann 2000: 7), auf der anderen Seite wurden aber Bedenken vorgebracht, daß sie die für die politische Wirkung unabdingbare legitimatorische Verankerung von Grundrechten im Bewusstsein der europäischen Bürger nicht leiste. Die Charta sei ‚ein Oktroi, nicht die gemeinsame Erkenntnis freier Menschen‘ (Schachtschneider 2000: 14). Selbst Kommentatoren, die dieses harte Urteil nicht teilen, bedauerten, daß die Chance vertan wurde, ‚die Grundrechtecharta als Bezugspunkt und Kristallisationskern einer zivilgesellschaftlichen Debatte über das politische und kulturelle Europa, über seine Ziele und seine Werte‘ (Nettesheim 2002: 45) zu nutzen.

Legitimatorische Defizite dieser Art wiegen inzwischen noch schwerer, weil sich das politische und rechtliche Gewicht der Grundrechtecharta verändert hat. Der Verfassungskonvent, der im Juli 2003 seine endgültigen Beratungsergebnisse vorlegte, übernahm die Grundrechtecharta in seinen Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union mit dem Ziel, ihr zukünftig rechtsverbindlichen Charakter und Verfassungsrang zu verleihen. Die zuständige Arbeitsgruppe des Verfassungskonvents hatte einstimmig vorgeschlagen, daß die inhaltliche Debatte über die Charta nicht neu eröffnet werden solle (Sabeur/Berlin 2003). Damit wurde der Kompromiß von Nizza fortgeschrieben. Allerdings gelang es der britischen Regierung im Bündnis mit Irland und den Niederlanden, die Präambel der Charta um den Satz zu erweitern: ‚In diesem Zusammenhang (gemeint sind nationale und internationale Rechtsbestände, R.S.) wird die Charta von den Gerichten der Union und der Mitgliedstaaten unter gebührender Berücksichtigung der Erläuterungen, die auf Veranlassung und in eigener Verantwortung des Präsidiums des Konvents zur Ausarbeitung der Charta formuliert wurden, ausgelegt werden.‘ Hinter dieser kryptischen Formulierung verbirgt sich der Versuch der britischen Regierung zu betonen, daß die Grundrechtecharta keine neuen Rechte begründet. Inwieweit eine solche Festlegung der Dynamik richterlichen Entscheidens standhält, bleibt abzuwarten.

Die Festlegung auf den ursprünglichen Text der Grundrechtecharta im Vertragsentwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag ist auch deshalb problematisch, weil die Charta in ihrer heutigen Form ein Änderungs- und Fortschreibungsverfahren nicht vorsieht. Damit wird jede Änderung der Charta zum Gegenstand der Abstimmung zwischen den künftig 25 oder 27 Mitgliedstaaten der EU. Die Integration der Grundrechtecharta in den Vertragsentwurf machte die Garantien der Menschen- und Bürgerrechte durch die EU zudem nicht übersichtlicher. Mit der Aufnahme der Grundrechtecharta in den zweiten Teil des Verfassungsdokuments ergeben sich Überschneidungen mit Bestimmungen des ersten Teils – vor allem in Bezug auf die Titel ‚Werte der Union‘, ‚Grundrechte‘ und ‚Unionsbürgerschaft‘. ‚Im Ergebnis schränkt dies‘, so wurde kommentiert (Emmanouilidis/Giering 2003: 3), ‚nicht nur die Übersichtlichkeit des Textes ein, vielmehr könnten voneinander abweichende Formulierungen auch zu Auslegungsschwierigkeiten bei der Rechtssetzung und-sprechung führen.‘

Gedacht ist übrigens auch daran, den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ermöglichen. Dies wird explizit als Ziel der EU im Verfassungsvertrag genannt. Hiermit soll nicht zuletzt die harmonische Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtshofs und des Europäischen Gerichtshofs gewährleistet werden.

Eine gewisse Möglichkeit, legitimatorische Defizite der Charta zu heilen, bestünde darin, die Ergebnisse des Verfassungskonvents insgesamt (also einschließlich der Charta) in allen Mitgliedstaaten zur Volksabstimmung zu stellen. Daß dies geschehen wird, ist aber unwahrscheinlich. Eine der ungelösten Fragen des Verfassungskonvents ist, was geschehen soll, wenn bestimmte EU-Mitgliedsländer sei es durch eine Volksabstimmung, sei es im üblichen parlamentarischen Verfahren die neue EU-Verfassung ablehnen.

2. Inhalte

2.1. Struktur der Charta

Die Europäische Grundrechtecharta hat 54 Artikel und sieben Kapitel. Kapitel I lautet: Würde des Menschen, Kapitel II: Freiheiten, Kapitel III: Gleichheit, Kapitel IV: Solidarität, Kapitel V: Bürgerrechte, Kapitel VI: Justizielle Rechte und in Kapitel VII finden sich allgemeine Bestimmungen zum Anwendungsbereich der Charta, zur Tragweite der garantierten Rechte, zum durch die Charta garantierten Schutzniveau und zum Verbot des Mißbrauchs der durch die Charta gewährten Rechte (ausführlicher Meyer 2003).

Die Charta gilt nur für die Organe und Einrichtungen der EU und für die Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Rechts der Union. Sie begründet auch keine neuen Zuständigkeiten. Dennoch enthält die Charta Vorschriften für Bereiche, in denen die EU keine Kompetenzen hat, wie das Verbot der Todesstrafe (Artikel 2, Abs. 2), der Sklaverei (Artikel 5) und der Folter (Artikel 4) oder strafrechtliche Grundsätze, wie die Gesetz- und Verhältnismäßigkeit bei Straftaten oder das Verbot der Doppelbestrafung (Artikel 49 und 50). Kommentatoren haben dies so interpretiert, daß hier Rechte im Vorgriff auf eine zukünftige Kompetenzerweiterung der EU definiert werden (Hohmann 2000: 8; Hirsch 2002: 14) bzw. daß die Charta eine ‚Ausstrahlungswirkung‘ auf die Menschen in den Beitrittsländern und darüber hinaus erzielen möchte. Es handele sich ‚um das Bekenntnis des Willens, für bestimmte Werte auch jenseits des eigenen rechtsgeschützten Wirkens eintreten und diese schützen zu wollen.‘ (Nettesheim 2002: 43).

Heftig kritisiert wird von den Befürwortern wie den Gegnern der Grundrechtecharta, daß die Charta zwar detailgenau einzelne Grundrechte aufzähle, aber bei der entscheidenden Frage, wie diese eingeschränkt werden dürfen, nur eine sehr allgemeine Generalklausel zur Verfügung stellt, die zum Kern hat, daß der Wesensgehalt der gewährten Rechte und Freiheiten zu wahren sei und daß Einschränkungen nur unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit vorgenommen werden dürfen. Damit werden alle Rechte und Freiheiten hinsichtlich möglicher Schranken ihrer Gültigkeit gleich behandelt, obwohl dies wegen der substantiellen Unterschiede der Qualität einzelner Rechte nicht einleuchtet. Das Verbot reproduktiven Klonens nach Artikel 3, beispielsweise, kann mit der erwähnten Generalklausel ebenso leicht eingeschränkt werden, wie der Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst (Artikel 29).

Kompliziert und intransparent wird die Schrankenproblematik noch dadurch, daß Artikel 52, Absatz 3, denjenigen Rechten, die den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen, das dort gültige Schutzniveau garantiert und damit auch die dort gültigen Möglichkeiten der Grundrechtseinschränkungen übernimmt. Damit wird die fehlende Schrankensystematik des Grundrechtekatalogs, die von juristischen Kommentatoren als ‚blinder Fleck‘ (Nettesheim 2002: 40) bzw. ‚Schönheitsfehler‘ (Hohmann 2000: 11f.) bezeichnet wurde, zum Politikum (Schmitz 2002: 25). Welcher Bürger findet angesichts der Querverweise auf andere Rechtsquellen hier noch den unverstellten Zugang zu seinen Rechten?

2.2. Wertebezug

In der Präambel der Grundrechtecharta heißt es unter anderem: ‚In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.‘ Diese Letztbegründung der Menschenrechtspolitik der EU war bis zuletzt umstritten. Der von den Vertretern der Europäischen Volkspartei geforderte Bezug auf das Christentum und die Verantwortung vor Gott fand keine Mehrheit. Der gefundene Kompromiß löst das Problem durch Übersetzungsvarianten, die alle gleichberechtigt gelten. Statt vom geistig-religiösen Erbe spricht der französische Text vom ‚patrimoine spirituel et moral‘, der englische vom ‚spiritual and moral heritage‘ (Bossi 2001: 226f.; Ronge 2002: 26f.).

Hinter dem Streit um Worte verstecken sich ernsthafte Differenzen, zum einen bezüglich der Begründung von Grundrechten und zum anderen hinsichtlich der Vorstellungen von einer europäischen Identität. Die Entscheidung der Identitätsfrage ist keineswegs von untergeordneter Bedeutung, wie der Streit um den EU-Beitritt der Türkei deutlich macht. In den bisher öffentlich angestellten Betrachtungen der Grundrechtecharta wurde ihre Präambel entweder weitgehend ignoriert oder als Indikator für ein Defizit der Grundrechtecharta gesehen.

Der Charta, so war zu lesen, fehle die ‚philosophische Fundierung, welche die Aufklärung auf der Grundlage des Christentums geleistet hat‘ (Schachtschneider 2000:16). So weit diese Fundierung implizit vorhanden ist, sei zudem zu beachten, daß die Menschenrechte ‚entgegen einer eurozentrischen Wunschvorstellung nicht universell, sondern von Kulturkreis zu Kulturkreis verschieden‘ seien (Schmitz 2002: 25). Und ein anderer juristischer Kommentar betont, daß dies auch nicht anders sein könne: ‚Der biblisch-theologische Keim der staatsrechtlichen Freiheitskonzeption macht deutlich, warum andere Kulturen, die nicht christlich, zumindest nicht monotheistisch geprägt sind, die Vorstellungen von der Freiheit und der Gleichheit der Menschen und den Menschenrechten nicht hervorgebracht haben.‘ (Starck 2003: 20)

Hier werden zwei Alternativen des Umgangs mit dem Wertebezug der Grundrechtecharta deutlich, zum einen die Schwerpunktsetzung auf Identität durch Abgrenzung, zum anderen die Schwerpunktsetzung auf eine noch nicht vollendete Identitätssuche nach innen. Erstere Sicht beharrt darauf, daß die Grundrechte kulturgebunden sind und deshalb die Identität der EU von derjenigen anderer Weltregionen abgrenzen. Die Grundwerte können aus letzterer Sicht durch ihre Normierung nationale Grundrechtsdiskurse zusammenführen und so eine europäische Identität stiften. Oder in den Worten eines weiteren Kommentars: ‚Es handelt sich um den Nukleus eines gemeinsamen politischen Bewußtseins Europas, um die tiefste und innerste Lage einer europäischen Ethik und damit um ein wesentliches Element europäischer Kultur.‘ (Nettesheim 2002: 43)

2.3 Würde des Menschen – Freiheit – Gleichheit

Der Präambel folgt das Kapitel ‚Würde des Menschen‘, das in innovativer Weise Schutzbestimmungen für aktuelle Bedrohungen von Menschenrechten einführt, wie ‚das Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinn-

nen zu nutzen‘ oder das bereits erwähnte Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen (Artikel 3).

Das Kapitel Freiheiten verweist in zahlreichen seiner Artikel auf das Schutzniveau der einzelstaatlichen Gesetze, so beim Recht eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, beim Recht der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, beim Recht zur Gründung von Lehranstalten und bei der Garantie der unternehmerischen Freiheit. Einige Formulierungen dieses Kapitels haben zu kritischen Nachfragen angeregt. Warum beispielsweise werden die Freiheit der Medien und ihre Pluralität, sowie die akademische Freiheit nur geachtet, nicht aber geschützt? Warum gibt es das Recht auf ‚unternehmerische Freiheit‘, nicht aber das ‚Recht auf Arbeit‘? Artikel 15 formuliert letzteres um in das Recht, zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben. Es ist sicher zutreffend, daß diese Formulierung ein subjektives Abwehrrecht begründet, was an Stelle eines nicht einlösbaren Teilhaberechts tritt – also Recht auf Arbeit- (Hirsch 2002: 18), aber ist die unternehmerische Freiheit nicht ebenso nicht einlösbare Verfassungslyrik?

Das Kapitel Gleichheit formuliert auf dem heutigen Stand ein Diskriminierungsverbot aus jeglichem denkbaren Anlaß und garantiert auch Kinderrechte, Rechte älterer Menschen und die Integration von Menschen mit Behinderung. Positive Diskriminierung zum Erreichen von Gleichheitszielen ist nur im Verhältnis von Frauen und Männern erlaubt. Aus naheliegenden politischen Gründen hat der Schutz kultureller, religiöser und sprachlicher Minderheiten in der Grundrechtecharta nur einen untergeordneten Status erlangt. Diese Minderheiten werden lediglich geachtet. Angesichts des europäischen Konfliktpotentials, man denke an die Basken in Spanien, an Muslime in vielen europäischen Ländern, an die ungarischen Minderheiten in der Slowakei und Rumänien, um nur einige Beispiele zu nennen, ist das wohl eine zu wenig grundsätzliche Position, um Minderheitenschutz zu garantieren.

2.4. Solidarität

Das Kapitel Solidarität öffnet die Tür zu sozialen Grundrechten, allerdings auch wieder häufig eingeschränkt durch Verweise auf die begrenztere Reichweite der nationalen Gesetzgebung. Themen sind hier die Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten in ihren Unternehmen, das Recht auf Tarifverhandlungen einschließlich Streiks, das Recht auf Zugang zur Arbeitsvermittlung, der Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung, das Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, das Verbot der Kinderarbeit und der Jugendschutz am Arbeitsplatz, die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, das Recht auf soziale Sicherheit, der Gesundheitsschutz, der Umweltschutz und der Verbraucherschutz.

Viele dieser Rechte sind in der Praxis unverbindlich. Was bedeutet beispielsweise Artikel 38 in der Praxis, der folgendermaßen lautet: ‚Die Politiken der Union stellen ein hohes Verbraucherschutzniveau sicher‘? Oder Artikel 37: ‚Ein hohes Umweltniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.‘

Die Frage der sozialen Grundrechte wird in der Kommentierung durchaus kontrovers gesehen. Zum Teil gelten sie als ‚Etikettenschwindel‘, weil sie keine sub-

jektiven Rechte für jeden einzelnen Bürger definieren, sondern Staatsaufgaben benennen (Hirsch 2002: 16). Problematisch ist auch, daß ihre Aufnahme in Grundrechtskataloge, die letztendliche Entscheidung über den Sozialstaat aus dem politischen Meinungsstreit herausnimmt und in die Hände nicht gewählter Richter legt. Kritiker haben deshalb bemerkt: ‚Selbst wenn man die sozialen Grundrechte nicht als Ansprüche auf Bereitstellung einer konkreten Leistung, sondern lediglich auf Schutz und Förderung des individuellen Bemühens (auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen) begreifen will, läuft das Plädoyer für soziale Grundrechte vor allem und in erster Linie auf eine Kräfteverschiebung hinaus – weg von der vom Mehrheitsprinzip geleiteten demokratisch-politischen Sphäre und hin zur Gerichtsbarkeit.‘ (Nettesheim 2002: 42)

Die Gegenposition sieht in der Aufnahme der sozialen Rechte in die Grundrechtecharta einen zivilisatorischen Fortschritt und fordert noch weitere Rechte hinzuzufügen, wie z.B. die Anerkennung der Arbeitnehmer als Miteigentümer der Unternehmen (Schachtschneider 2000: 19). Diese Gegenposition ist eng mit der Vorstellung verbunden, daß es ein europäisches Sozialmodell gebe, das sich grundsätzlich vom US-amerikanischen unterscheidet, was man insbesondere an den Grundwerten der Sozialstaatlichkeit und der Solidarität ablesen könne (Schachtschneider 2000: 19; Schmitz 2002: 24; Hohmann 2000: 9). Hier macht allerdings die Grundrechtecharta den zweiten Schritt vor dem ersten. Einigkeit besteht in Europa nur über das Binnenmarktprojekt. Die Ausgestaltung des europäischen Sozialstaats ist zwischen den Mitgliedsländern umstritten, und auch der EG-Vertrag (einschließlich der Version des Verfassungskonvents) ist nicht eindeutig.

2.4 Bürgerrechte

Das Kapitel ‚Bürgerrechte‘ der Charta nennt das Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen, das Recht auf eine gute Verwaltung, das Recht auf Zugang zu Dokumenten, das Recht den Bürgerbeauftragten der EU bei Mißständen in der EU-Verwaltung anrufen zu dürfen, das Petitionsrecht mit dem Adressaten Europäisches Parlament, das Recht der Freizügigkeit und der Aufenthaltsfreiheit und das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz. Zu den justiziellen Rechten der EU-Bürger gehören das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, die Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte, die Gesetzmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit von Strafen und das Verbot der Doppelverurteilung in der gleichen Angelegenheit. Ganz abgesehen davon, daß gerade das Beachten der hier zu findenden rechtlichen Neuerung, nämlich das Recht auf eine gute Verwaltung, in der Praxis schwer zu überprüfen sein wird (was ist eine ‚gerechte‘ Behandlung durch die Verwaltung, die Artikel 41 fordert), zeigt sich in diesem Zusammenhang eine weitere Schwäche der Charta.

Sie müßte, um den Bürger wirksamer als bisher in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen, Institutionenreformen fordern, was wiederum aber ihrer Aufgabe widerspricht. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren: Es wäre erforderlich, die Bürger zumindest bei der Verfassungspolitik der EU einzubeziehen. Schließlich ist der Standard heutiger Verfassungsgebung: ‚Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.‘ Also sollte die Grundrechtecharta Bestimmungen über Referenden bei Verfassungsfragen enthalten, wenn sie schon Europa- und Kommunalwahlen meint, regeln zu

müssen. Ein zweites Beispiel: Es fehlt die europäische Grundrechtsbeschwerde, die der betroffenen Person direkt den Weg zur richterlichen Abhilfe ebnet. Für ihre Zulässigkeit wurde vorgeschlagen, ‚dass der Beschwerdeführer durch diesen auf Gemeinschaftsrecht gestützten Akt unmittelbar betroffen ist und andere Verfahren zur Abhilfe nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen.‘ (Hohmann 2000: 12) Die Arbeitsgruppe Charta des Verfassungskonvents lehnte eine europäische Grundrechtsbeschwerde allerdings ab (Sabeur/Berlin 2003). Den EU-Bürgern bleibt damit der direkte Weg zum Europäischen Gerichtshof verbaut.

3. Fazit

Das Fazit kann knapp ausfallen. Es wurde deutlich, Einiges und vieles durchaus Bemerkenswertes wurde zum Schutz der Grundrechte durch die Europäische Union in Bewegung gebracht. Mit der Annahme des Verfassungsvertrags den der Konvent ausgearbeitet hat, wird die Grundrechtecharta die von vielen Kritikern angemahnte rechtliche Verbindlichkeit erhalten.

In sich stimmig ist der politische Kompromiß zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen und Rechtstraditionen, der sich hinter der Grundrechtecharta verbirgt, wie zu erwarten war, nicht. Die Grundrechtecharta kann nur durch weiteres politisches Bemühen verbessert werden. Es bedarf also dringend eines transparenten Weges zur Überprüfung und Veränderung der Charta. Kein demokratischer Zugewinn für die Verfaßtheit der EU und schon gar keine stärkere Identifikation der Bürger mit der EU ist zu erhoffen, wenn die Veränderungen der Charta nur der für den einzelnen EU-Bürger intransparenten Rechtsprechung überlassen werden. Ob im Bezug auf die Grundrechtecharta in Zukunft das Glas halb voll oder halb leer ist, entscheidet nicht zuletzt die Existenz oder Nichtexistenz eines europaweiten permanenten Grundrehtediskurses.

Literatur

- Bossi, Tania 2001: Die Grundrechtecharta – Wertekanon für die Europäische Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*, Gütersloh 2001, S. 203-242.
- Emmanouilidis, Janis A./Giering, Claus 2003: Licht und Schatten – eine Bilanz der Konventsergebnisse, in: CAP/Bertelsmann-Stiftung: *Konvent-Spotlight* 8.
- Hirsch, Günter 2002: 21. Vorlesung zur Erinnerung an Hugo Sinzheimer, in: Michael Blank (Hrsg.): *Soziale Grundrechte in der Europäischen Grundrechtecharta*, Frankfurt am Main, S. 11-23.
- Hohmann, Harald 2000: Die Charta der Grundrechte der EU, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52-53, S. 5-12.
- Knelangen, Wilhelm/Varwick, Johannes 2000: Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Grundrechtslyrik oder Signalwirkung ?, in: *Gegenwartskunde* 49(4), S. 467-471.
- Meyer, Jürgen (Hrsg.) 2003: *Kommentar zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, Baden-Baden.
- Nettesheim, Martin 2002: Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union: Eine verfassungstheoretische Kritik, in: *Integration* 25(1), S. 35-48.
- Ronge, Frank 2002: Grundrechtecharta und Verfassungskonvent. Zur Zukunft Europas aus kirchlicher Sicht, in: *Zur Debatte* 6, S. 25-27.

- Sabeur, Amina/Berlin, Christoph 2003: Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen I, II und IX, in: Andreas Maurer/Joachim Schild (Hrsg.): Der Konvent über die Zukunft der Europäischen Union. Synoptische Darstellungen zur Konventsdebatte, Berlin.
- Schachtschneider, Karl Albrecht 2000: Eine Charta der Grundrechte für die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B52-53, S. 13-21.
- Schmitz, Thomas 2002: Die Grundrechtecharta als Entwurf einer europäischen Grundrechtsordnung für das 21. Jahrhundert. Konzepte, Verdienste, Defizite, in: Zur Debatte 6, S. 23-25.
- Starck, Christian 2003: Gewaltenteilung, Grundrechte, Demokratie – ihre Bedeutung für die Europäische Union, in: Zur Debatte 1, S. 20-21.